

# AMNESTY INTERNATIONAL

## ÖFFENTLICHE MITTEILUNG

14. November 2019

### **IRAN: BEDEUTENDE SCHRITTE FÜR DIE GERECHTIGKEIT (MASSAKER IN DEN GEFÄNGNISSEN 1988) !**

Beispiellose Schritte für Gerechtigkeit für die Opfer der 1988er Gefängnismassaker haben die Regierungen von Schweden, Belgien und Lichtenstein in den letzten Wochen unternommen. Sie sandten an die iranischen Behörden die Botschaft, dass die Verantwortlichen für die Straftaten gegen die Menschlichkeit der Justiz nicht entkommen könnten, so Amnesty International heute. Diese Entwicklungen sollten die internationale Staatengemeinschaft zur sofortigen Einrichtung einer überfälligen UN-Untersuchung anregen.

Es war ein historischer Moment: Die schwedischen Behörden inhaftierten am 9. November einen Iraner. Er wurde verdächtigt, „...im Iran bedeutsame Straftaten gegen internationales Recht und zwischen dem 28. Juli und 31. August 1988 Mordtaten begangen zu haben“. Das ist die Zeitspanne, in der die iranischen Behörden unter Gewaltanwendung mehrere tausend Oppositionelle inhaftiert hatten. Sie richteten diese Personen im Geheimen hin. Am 13. November 2019 kündigte der Staatsanwalt in Schweden an, er wolle bis zum 11. Dezember entscheiden, ob die fragliche Person angeklagt würde.

In einer zweiten bedeutenden Entwicklung haben im UN-Menschenrechtsrat die Regierungen von Belgien und Lichtenstein an die iranischen Vertreter Fragen gestellt, in denen erstmals das Schicksal der Opfer und ihr Verbleib angesprochen wurden. Die Befragung fand am 8. November 2019 statt.

Die belgischen Vertreter fragten, ob die iranische Regierung „plane, die Wahrheit betreffend dem wiederholten und erzwungenen Verschwinden und der geheimen Hinrichtungen Oppositioneller 1988 offenzulegen. Und auch die Anzahl und die Identität der Opfer, das Datum und den Ort der Geschehen und den Ort ihrer Gräber“.

Vertreter Lichtensteins fragten „welche Schritte der Iran zur Aufklärung der außergerichtlichen Hinrichtungen von 1988 unternommen habe und was mit den Tätern geschehen sei“. Außerdem „solle der Iran das Recht auf Gerechtigkeit anerkennen und auf Wiedergutmachung an die Angehörigen der im Sommer 1988 Getöteten.“

Diese Entwicklungen sind wichtige Beiträge für den Kampf gegen die Straflosigkeit in der Vergangenheit, die bis heute anhält. Es geht um die Straftatbestände Mord, Verschwinden unter Zwangsanwendung, Verfolgung, Folter und andere Straftaten gegen die Menschlichkeit. Sie gelten auch als Zeugnis des langen Kampfes für Wahrheit und Gerechtigkeit durch Überlebende und Familienangehörige über einen Zeitraum von drei Dekaden, in dem sie nicht wussten, warum und wo ihre lieben Angehörigen getötet wurden und wo sie begraben sind.

AI begrüßt die aufkommende Aufmerksamkeit durch die Aktionen der drei Länder. AI fordert erneut die internationale Staatengemeinschaft auf, weitere und konkrete Schritte in dieser Sache der Verschwundenen zu unternehmen. Es sind Schritte hin zu unabhängigen Untersuchungen und hin zur Bestrafung der Verantwortlichen, besonders wenn diese in die Länder einreisen, wie jetzt in Schweden geschehen. Die Untersuchungen sollten durch Organe der UN durchgeführt werden.

(Werner Kohlhauer: Wegen der Hintergrundinformationen siehe [www.amnesty-iran.de](http://www.amnesty-iran.de), dann „AI zum Iran“. Die Übertragung ist leicht gekürzt. Es gilt das englische Original.)